



21. Ausgabe, Dezember 2016

Abgeordneten-Brief

Volkmar Halbleib, MdL

Für Mainfranken im Bayerischen Landtag



Themen:

Zu Gast bei der Polizei	Seite 2
Besuch bei win	Seite 3
Frauenempfang	Seite 4
Abwasserstreit in Hausen	Seite 6
Kindererziehung ist mehr wert	Seite 7
Rollentausch	Seite 10
Wirtschaftsdialog	Seite 11
Besuch bei Franken Guss	Seite 12
80. Geburtstag Herbert Franz	Seite 13
Stromtrasse Suedlink	Seite 14
Landtagsfahrt	Seite 15
Klausur der Landtagsfraktion	Seite 16
Gespräche in Budapest	Seite 17
Preisgünstiges Wohnen	Seite 18
US-Wahl	Seite 19
Termine	Seite 20

Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor Weihnachten erreicht Sie und Euch mein letzter Abgeordnetenbrief für dieses Jahr. Auf den nachfolgenden Seiten informiere ich Sie und Euch über die Schwerpunkte meiner politischen Arbeit.

In den letzten beiden Monaten hat sich viel getan, sowohl im Bayerischen Landtag, als auch hier in unserer Region. Darüber will ich berichten und Stellung beziehen. Das Jahr 2016 wird uns sicherlich allen in Erinnerung bleiben. Krieg, Terror, Flucht und Vertreibung haben dieses Jahr ebenso geprägt wie die Gefahren des Rechtspopulismus in Europa und die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA. Innenpolitisch bleibt die Herausforderung Hass, Hetze und gesellschaftliche Spaltung mit klarerer demokratischer Haltung zu begegnen und auf die Stimme der Vernunft zu setzen. Umso mehr ist es wichtig, Kraft zu schöpfen für die Herausforderungen 2017. Ich wünsche Ihnen und Euch eine schöne Adventszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2017!

Ihr und Euer

Volkmar Halbleib, MdL

Bürgerbüro

Semmelstraße 46R

97070 Würzburg

Bürozeiten: Mo - Fr von 10 – 16 Uhr

E-Mail: buergerbueero-halbleib@t-online.de

Telefon: 0931 59384

Fax: 0931 53030

Internet: www.volkmar-halbleib.de

Facebook: www.facebook.com/HalbleibVolkmar

Die Polizei in der Region — ein Garant für unsere Sicherheit

Die Landkreise Würzburg und Kitzingen gehören zu den kriminalpolitisch sichersten Regionen in Bayern. Das weiß ich von meinen Besuchen bei den Polizeiinspektionen Würzburg Land, Kitzingen und Ochsenfurt sowie dem Polizeipräsidium Unterfranken. Begleitet wurde ich dabei von meinem Kollegen Peter Paul Gantzer, dem sicherheitspolitischen Sprecher unserer Fraktion und Ehrenkommissar der bayerischen Polizei. Nur bei der Polizeiinspektion Würzburg Land war er nicht mit dabei, da ich diese im Rahmen des bayernweiten Polizeitages der SPD-Landtagsfraktion besuchte. Bei dieser Aktion verbrachten fast alle Mitglieder unserer Fraktion einen Tag bei der Polizei in ihrem Stimmkreis. Dadurch erhielten wir einen umfassenden Einblick in die Lage der bayerischen Polizei und aufschlussreiche Vergleichswerte.



Bei unserem Besuch in Kitzingen meinte Peter Paul Gantzer: „Die Menschen in Stadt und Landkreis Kitzingen leben auf einer Insel der Sicherheit“. Trotzdem stehen die Polizeiinspektionen mit ihren Dienstgruppen vor großen Herausforderungen. Eine der größten Herausforderungen der Polizeiinspektion Würzburg-Land ist beispielsweise das große Inspektionsgebiet und die Polizeipräsenz in der Fläche. Da mache sich leider bemerkbar, dass von der Sollstärke mit 102 Kräften aktuell nur 89 tatsächlich zur Verfügung stehen. In Kitzingen sind es nur 87 bei einer Sollstärke von 103. Will man das vorbildhafte Schichtmodell auch in Zukunft beibehalten, so werde man für mehr Personal sorgen müssen. Die Personaldecke der bayerischen Polizei ist leider sehr dünn, das haben wir im Landtag schon häufig kritisiert. Auch hier in der Region fehlen wichtige Stellen.



Peter Paul Gantzer (links) und Volkmar Halbleib mit der Kitzinger Dienststellenleiterin Cordula Schmidt

	Anzahl der Kriminaldelikte pro 100.000 Menschen
Wü-Land	1.922
Kitzingen	3.954
Bayern	6.350
Bund	7.797

Zahlen für 2015

Aktivitäten vor Ort

Deswegen wäre es für die Streifenpräsenz wichtig, dass die Polizei von Aufgaben entlastet wird, die auch von anderen erledigt werden könnte. Hierzu gehört die Begleitung von Schwertransporten, im Jahr 2015 mussten hierfür im Landkreis Würzburg alleine 960 Streifen-Einsatz-Stunden aufgewendet werden. Außerdem tragen sogenannte Vorführungen, also die Begleitung von Angeklagten vor Gericht, zur steigenden Belastung der Polizistinnen und Polizisten bei. Unterfrankens Polizeipräsident Gerhard Kallert hat signalisiert, dass die Kitzinger Polizei bald neue Beamte zugewiesen bekommt. Von 2017 bis 2020 will die Bayerische Staatsregierung jedes Jahr zusätzlich 500 Polizisten und Polizistinnen neu einstellen. Bis 2025 sollen insgesamt mehr als 11 000 Personen bei der Bayerischen Polizei eingestellt werden, kündigte Innenminister Joachim Hermann an. Unterfranken bekommt davon erfahrungsgemäß etwa acht bis zehn Prozent zugewiesen. Das deckt gerade einmal die Notwendigkeiten ab.

Sorgen bereiten der Polizei auch bestimmte Erscheinungsformen der Kriminalität: So haben im laufenden Jahr im Landkreis Würzburg vor allem die Wohnungseinbrüche zugenommen. Dort gibt es leider aktuell noch keinen Grund zur Entwarnung. Ähnlich besorgniserregend ist, dass die sogenannten Enkeltrickbetrügereien leider immer noch an der Tagesordnung sind. Aktuell registriert die Polizei eine Zunahme der Betäubungsmittelkriminalität und der Verkehrsstraftaten, wenn diese auch zum Teil einer Erhöhung der Polizeikontrollen geschuldet sei. Bemerkenswert sei auch die Zunahme der Wildunfälle in den letzten Jahren. Der Umgang mit Flüchtlingen sei für die Polizei Würzburg-Land kein Problem. Gerade einmal in 1% der Fälle muss die Polizei aufgrund von Flüchtlingen ausrücken, häufig wegen interner Konflikte in der Flüchtlingsunterbringung. Was der Polizei mehr Sorgen macht ist die allgemein zunehmende Aggression und Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Die Hemmschwelle, handgreiflich zu werden, sei bei den Menschen spürbar gesunken.

Seit 20 Jahren erfolgreich mit behinderten Mitarbeitern



Für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt ist noch viel zu tun. Darüber waren sich die Geschäftsführer der gemeinnützigen win GmbH Oliver Sitko und Wolfgang Braun mit mir einig. Ich war im Rahmen der Informationswochen der Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsfirmen in Bayern zum Informationsbesuch nach Heidingsfeld gekommen, um mich mit Sitko und Braun auszutauschen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand das Unternehmen win mit seinen bayernweit 185 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von denen 91, also fast die Hälfte eine Behinderung haben. Ziel des Unternehmens sei es, Teil-

habe durch volle Arbeit und vollen Lohn zu ermöglichen, erklärte Sitko. win ist in einem Netzwerk von über 800 Unternehmen in Deutschland tätig, die als Integrationsbetriebe Menschen mit Behinderung Beschäftigung bieten. Win selbst bietet beispielsweise Reinigungs- und Hausmeisterdienste an und steht damit im wirtschaftlichen Wettbewerb wie jedes andere Unternehmen auch. Dass win damit auf dem freien Markt mit der Konkurrenz mithalten kann, macht Geschäftsführer Oliver Sitko stolz. Zwar verliere man häufig Ausschreibungen, da die überregional tätigen Mitbewerber oft günstigere Dienstleistungen anbieten, aber schwarze Zahlen schreibe man trotzdem. Auch die Arbeitsbedingungen und das Betriebsklima seien bei win sehr gut.

Da man im normalen Wettbewerb steht, zahle man selbstverständlich nach Tarif. Der wirtschaftliche Erfolg sei auch ein Resultat der guten Leistungen von Mitarbeitern mit Behinderung. Es freut mich zu sehen, dass sich unternehmerisches Wirtschaften und sozialer Anspruch nicht ausschließen.

Braun und Sitko sind sich sicher: „Noch viel mehr Menschen mit Behinderung als bisher könnten auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen“. Gleichwohl seien Angebote wie die geschützten Behindertenwerkstätten auch in Zukunft noch nötig. Für die Arbeit mit Menschen mit Behinderung gibt es kein Patentrezept. Individuelle Angebote und persönliche Betreuung sind dabei entscheidend. Man muss die richtige Mitte zwischen freier Wirtschaft und dem notwendigen Schutzraum finden. Bei win werde eine fachgerechte Betreuung durch pädagogische Anleiter und eine enge Zusammenarbeit mit Fachdiensten geboten.

Eigentlich wollte man bei win auch in stärkerem Umfang Flüchtlinge beschäftigen und in den Arbeitsmarkt integrieren, jedoch scheiterte dies bislang häufig an den fehlenden Aufenthaltsstatus oder einem zu abgelegenen Wohnort. Gerade bei Flüchtlingen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten sei die Vermittlung in den Arbeitsmarkt erschwert, obwohl Arbeit der beste Weg zur Integration sei, so Braun. Im kommenden Jahr feiert man bei win 20-jähriges Bestehen, bei den Feierlichkeiten wird einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ebenfalls 20 Jahre Betriebszugehörigkeit ehren können. Das beweise doch, dass Inklusion auch langfristig gelingen kann, versichert Sitko zum Abschluss.

Bei der Gleichstellung von Frauen gibt es noch viel zu tun!

Altersarmut, ungleiche Bezahlung, Gewalt gegen Frauen, schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Beim Frauenfrühstück der SPD-Landtagsfraktion in Würzburg wurde deutlich, dass trotz der rechtlichen Gleichstellung in Grundgesetz und bayerischer Verfassung auch heute noch die Lage vieler Frauen schwierig ist.

Dr. Simone Strohmayr (MdB), die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, sprach beim Würzburger Frauenfrühstück Klartext. Das Fazit nach zwei Stunden intensiven Gesprächs mit vielen Frauen aus allen Berufsfeldern und gesellschaftlichen Gruppierungen: „Bei der Frauengleichstellung gibt es noch einiges zu tun.“

„Wir haben 100 Jahre Frauenbewegung hinter uns, vieles hat sich gebessert, vieles liegt aber auch noch im Argen“, machte Strohmayr deutlich. Dabei liegen viele Verbesserungen noch gar nicht so lange zurück: Bis 1958 brauchte die Frau die Erlaubnis des Mannes um den Führerschein zu machen. Erst 1976 wurde im Ehe- und Familienrecht die Pflicht der Frau zur Haushaltsführung abgeschafft.



(v.li.) Christine Haupt-Kreutzer, Simone Strohmayr, Eva-Maria Linsenbreder und Volkmar Halbleib

Aktivitäten vor Ort

Wie aber sieht die Situation heute aus? Der Sozialbericht im Bayerischen Landtag habe es nach Strohmayrs Bewertung abermals deutlich gemacht: Der Verlierer im Freistaat sind die Frauen, die, die älter als 65 Jahre sind, jene mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende. „Vielen Menschen“, machte Strohmayr deutlich, „ging es in den letzten Jahren besser, aber viele Frauen jedoch sind an dieser Entwicklung nicht beteiligt“. So liege deren Rente heute durchschnittlich bei 569 Euro, Männer haben das Doppelte. Nur 25 Prozent der Frauen könnten von ihrer Rente leben, alle anderen seien auf ihre Partner angewiesen. Frauenberufe seien oftmals schlecht bezahlt. Sie verdienen im Durchschnitt 25 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Lohndifferenz bei gleicher Arbeit liegt bei 8 Prozent, auch im öffentlichen Dienst. Sie leisteten oftmals höherwertige Arbeit, seien aber nicht so eingruppiert. Strohmayr: „Karriere habe viel mit Bewusstsein zu tun. Zu viele Frauen aber melden sich nicht für höherwertige Positionen, oftmals zweifeln sie an sich selbst“. Und noch ein heikles Thema sprach Strohmayr an: Gewalt gegen Frauen. Sie erhob die Forderung, dass die staatliche Förderung für Frauenhäuser dringend erhöht werden muss. Derzeit gäbe es weniger als 10 Prozent staatlichen Zuschuss für Frauenhäuser und dieser sei seit 20 Jahren nicht mehr angepasst worden.

Welche Lösungen gibt es für die bessere Gleichstellung? Strohmayr verwies auf Schweden. Die Schwedinnen gingen mit einem ganz anderen Selbstverständnis an die Dinge heran. Dort ist es Normalität, Zeit für die Familie oder sich selbst zu nehmen. Strohmayr forderte konsequente Initiativen, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit zum Ziel haben. In Frankreich beispielsweise gäbe es mehr Lohntransparenz. Jede Frau kann erfragen, was verdient mein männlicher Kollege. Sie verwies auch auf die aktuelle Initiative von Familienministerin Manuela Schwesig, die Lohntransparenz zum Ziel hat. Die Erhöhung des Kindergeldes müsse zu einer Kindergrundsicherung ausgebaut werden. Die SPD-Landtagsfraktion setze sich zudem für eine kostenlose Kinderbetreuung ein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und Familien und Alleinerziehende zu entlasten.

Der Vortrag von Simone Strohmayr machte deutlich, wie vielfältig die Herausforderungen für eine echte Gleichstellung sind. Entsprechend breit gefächert waren auch die Wortbeiträge in der anschließenden Diskussion. Elisabeth Rüdinger (Pflegedirektorin a. D.) sagte, dass sich alleinerziehende Frauen oftmals nicht trauen würden, sich eine Tagesmutter zu holen. Karin Dauer vom DGB forderte die Förderung junger Frauen und Unterstützungsprogramme für junge Familien. Emma Issing aus Ochsenfurt sprach die fehlende staatliche Förderung der Ganztagsbetreuung in den Ferien an. Auch das Problem fehlender bezahlbarer Wohnungen für Frauen, die aus Frauenhäusern ausziehen, wurde diskutiert. Simone Strohmayr warb abschließend für ein partnerschaftliches Miteinander von Frau und Mann. „Ich glaube, wir dürfen Männer und Frauen nicht auseinander dividieren. Wenn wir etwas für die Frauen erreichen wollen, müssen wir alle mitnehmen“.

Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung vom Duo Viorosa, das sind Anna Mavrommatis (Violine) und Rosa Färber (Gitarre).



In Hausen gibt es Streit ums Abwasser

Der ungeklärte Abwasserstreit zwischen der Gemeinde Hausen und dem Raststättenbetreiber Tank & Rast war das zentrale Thema eines Informationsbesuchs des SPD-Abgeordneten Bernd Rützel, MdB, und mir bei Bürgermeister Bernd Schraud in Hausen. Weil sich Tank & Rast weigert, sich an den Investitionskosten für die neue seit 2013 in Betrieb gegangene Kläranlage zu beteiligen, werden die Abwassergebühren für die Gemeindebürger ab Dezember von 1,96 Euro je Kubikmeter auf 4,76 Euro je Kubikmeter steigen. Der Unmut in der Bevölkerung ist groß, das machten Gemeinderäte und Vertreter aus allen drei Hausener Ortsteilen, die bei dem Gespräch zugegen waren, deutlich. Bürgermeister Schraud erläuterte, dass die rund 2,2 Millionen an Investitionskosten, die Tank & Rast nach Überzeugung der Gemeinde zahlen müsste, derzeit durch den ohnehin klammen Gemeindehaushalt übernommen werden. Leider sei man in erster Instanz vor Gericht bisher nicht erfolgreich gewesen. So habe das Verwaltungsgericht Würzburg in seinem Urteil befunden, dass Tank & Rast als Betreiber der ehemals bundeseigenen Raststätten kein Rechtsnachfolger der Bundesrepublik Deutschland sei. Beim Verwaltungsgerichtshof in München laufe derzeit ein Mediationsverfahren – mit ungewissem Ausgang. Die Gemeinde habe sich bereits mehrfach an das Bundesverkehrsministerium gewandt und um Hilfe nachgesucht. Die Antwort sei im Grunde genommen immer dieselbe gewesen: Die Raststätten gehören dem Bund nicht mehr, so dass der Staat keinen Einfluss mehr habe. Nun sucht die Gemeinde Hilfe bei den Abgeordneten und will sich mit einer Petition an den Bundestag wenden.

Für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass bei der Übergabe der Raststätten vom Bund auf das neue Betreiberkonsortium nicht über die Kläranlagensituation gesprochen wurde. Entweder ging man davon aus, dass die alten Verträge nach wie vor Gültigkeit haben oder der Bund hat zwar das Problem gesehen, aber bewusst nicht geregelt oder man ist einfach so darüber hinweggegangen.

Diese Fragen gilt es zu klären. Es müsse doch Protokolle dazu geben, aus denen hervor geht, wie das damals gelaufen ist. Zurückhaltender äußerte sich mein Bundestagskollege Bernd Rützel: „Formal ist der Bund wahrscheinlich raus aus der Sache“. Gleichwohl will auch Rützel der Gemeinde helfen. Neben der Unterstützung der Petition wird Rützel beim Bundesverkehrsministerium auf die Klärung der offenen Fragen beim 1998 vollzogenen Übergang der Raststätten auf die neuen Betreiber drängen. Und nachdem Hausen sicherlich kein Einzelfall ist, will er diese Frage auch ganz generell geklärt wissen.

Abschließend gingen wir auf die besonders schwierige Situation der Gemeinde Hausen wegen dieser ungeklärten Lage ein. Wenn alle Bemühungen zur Klärung der Situation erfolglos bleiben, dann muss aus meiner Sicht die Landespolitik über gesonderte Bedarfszuweisungen der Gemeinde finanziell unter die Arme greifen. Es darf nicht sein, dass die Gemeinde neben den Bürgern alleine an den hohen Kosten der Kläranlage hängen bleibt. Denn sonst wären der Gemeinde auf Jahre andere wichtige kommunale Investitionen nicht mehr möglich.



Bernd Rützel (Dritter von links) und Volkmar Halbleib (Vierter von links) trafen sich mit Bürgermeister Bernd Schraud (Vierter von rechts).

Aktivitäten vor Ort

Kinderbetreuung ist mehr wert!

Eine höherer Stellenwert der Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher, der Kampf der Kindertageseinrichtungen gegen Finanzierungsprobleme und bürokratische Hürden und die Chancen für die Inklusion von Kindern von Behinderungen standen im Mittelpunkt unseres SPD-Fachgesprächs zum Thema Kinderbetreuung im Veitshöchheimer Bachuskeller am 10. Oktober.

Der Einladung der sozial- und familienpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion Doris Rauscher aus Ebersberg und mir waren nicht nur Verantwortliche in der Kinderbetreuung gefolgt, sondern auch Bezirkstagsvizepräsidentin Eva Maria Linsenbreder, Kreisrat Rainer Kinzkofer, Bürgermeister Jürgen Götz, der Fraktionssprecher der UWG-FW Kreistagsfraktion und Waldbrunns Bürgermeister Hans Fiederling.

„Beste Bildung von Anfang an!“ Mit dieser Forderung startete Doris Rauscher ihren Vortrag über die aktuellen Handlungsfelder in der Kinderbetreuung. Leider, so Rauscher, werde nach wie vor seitens der bayerischen Staatsregierung zu wenig Geld in eine gute Kinderbetreuung investiert, rund 300€ weniger pro Kind unter sechs Jahren als im Bundesdurchschnitt. Derzeit seien rund 8.800 Vollzeitstellen in der Betreuung unbesetzt. Um eine optimale Betreuung zu erreichen, müssten eigentlich zusätzlich weitere Stellen geschaffen werden. Dass die Einrichtungsleitung für ihre Aufgaben nicht freigestellt wird, verschärfe diese Situation noch einmal mehr. Außerdem würden so wichtige Aufgaben wie eine frühzeitige Sprachförderung nicht ausreichend unterstützt.

Zustimmung erhielt sie von der Kleinrinderfelder Bürgermeisterin und SPD-Bundestagskandidatin Eva Maria Linsenbreder. Auch sie forderte eine bessere Finanzausstattung, um mehr Personal einzustellen. Sie brach außerdem eine Lanze für den Erzieherinnen-Beruf, für den nach ihrer Überzeugung der Lohn auf das Niveau von Grundschullehrern angehoben werden sollte, um die wichtige Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher angemessen zu honorieren.

Ein Anliegen, dass auch die Leiterin des AWO-Kinderhortes Verena Schmidt beschäftigte. In ihrer Präsentation zeigte sie eindrucksvoll, was für Anforderungen Erziehungsfachkräfte erfüllen müssen. Dabei reichte die Spannweite von Fachwissen über Verantwortungsbewusstsein bis zu Multitasking. Auch wenn Kindererziehung eine Berufung sei, sollte ihrer Ansicht nach mehr Menschen bewusst sein, was in der Erziehung alles geleistet wird und was gute Erziehung wert ist. Rollentausch-Aktionen, wie ich sie am AWO-Kinderhort Anfang dieses Jahres gemacht habe, würden deshalb viel helfen. Damit erfahren mehr Menschen, wie der Alltag von Erzieherinnen und Erziehern aussieht.

Vor dem Empfang besuchten Doris Rauscher und ich tagsüber die Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Kitzingen, den AWO-Bezirksvorstand und den AWO-Hort in Veitshöchheim.



(v.l.n.r.) SPD-Bundestagskandidatin Eva Maria Linsenbreder, MdL Doris Rauscher, MdL Volkmar Halbleib und die Einrichtungsleiterin des AWO-Hortes an der Eichendorffschule Verena Schmidt

Mit sozialpolitischem Auftrag unterwegs mit Doris Rauscher



Volkmar Halbleib und Doris Rauscher diskutierten mit der Vorsitzenden der AWO Veitshöchheim Ingrid Schinagl und der Geschäftsführerin Brigitte Will über Probleme bei der Inklusionsarbeit im Kinderhort

Zu Gast im AWO-Hort Veitshöchheim

Ein besonderer Schwerpunkt des AWO-Horts in Veitshöchheim liegt auf der Inklusionsarbeit. Dank der individuellen Förderung, die hier geleistet wird, können Kinder mit einer körperlichen, seelischen und/oder geistigen Beeinträchtigung gleichberechtigt mit Kindern ohne Behinderung zusammen lernen und spielen. Für Probleme sorgen die hohen bürokratischen Hürden bei der Finanzierung. Sowohl bei der Hortleitung als auch bei den Eltern. Voraussetzung dafür ist nämlich, dass Bildungsarbeit geleistet wird. Allerdings gibt es von Landkreis zu Landkreis und von Regierungsbezirk zu Regierungsbezirk unterschiedliche Auffassungen und Auslegungen darüber, was als Bildungsarbeit zählt. Diese Ungleichbehandlung muss aufhören. Es kann nicht sein, dass sich Eltern überlegen müssen, ob Sie umziehen, damit ihr Kind ordentlich betreut werden kann.

Ein weiteres Problem bei der Inklusion stellt die schlechte Personalsituation dar. Derzeit sind laut Bertelsmann-Stiftung ungefähr 8.800 Vollzeitstellen in Bayern nicht besetzt. Aber nur mit genügend Betreuerinnen und Betreuer kann eine individuelle und angemessene Förderung jedes Kindes sichergestellt werden. Dafür mangelt es derzeit an der finanziellen Unterstützung durch die Staatsregierung. Denn an ausgebildeten Fachkräften würde es nicht mangeln, die Ausbildungszahlen sind gut. Dafür sind die Abbruchquoten hoch, denn der Arbeitsaufwand bei einem schlechten Personalschlüssel ist für viele nicht zu schaffen. Der AWO-Kinderhort setzt deshalb viel Wert auf eine gute Personalpflege. So könne man Beständigkeit bei der Betreuung schaffen und Fluktuationen vermeiden.

Besuch von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Begrüßt wurden wir bei der Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vom AWO-Kreisvorsitzenden Gerald Möhrlein. Zusammen mit dem Einrichtungsleiter Alexander Lunau, den beiden Kitzinger SPD-Stadträtinnen Astrid Glos und Elvira Kahnt und dem SPD-Bundestagskandidaten Markus Hümpfer diskutierten wir über die Herausforderungen und Anliegen in der Flüchtlingsarbeit. Die Einrichtung ist eine von vier Standorten der AWO Unterfranken für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Von den 20 Plätzen in Kitzingen sind derzeit 19 belegt. Davon werden die Hälfte in Teilzeit betreut und die andere Hälfte vollstationär. Das Ziel ist es, den oft traumatisierten Jugendlichen Stabilität und Sicherheit zu geben, wenn Sie hier in Deutschland ankommen. Dadurch erst wird eine weitere therapeutische Behandlung erst möglich. Eigentlich würde die AWO ihr Angebot gerne um dieses therapeutische Angebot erweitern und mit der bisherigen Arbeit kombinieren, allerdings bleibt den Betreuern zu wenig Zeit dazu. Der hohe Bürokratieaufwand nimmt dazu zu viel Zeit in Anspruch. Das Ausfüllen von Formularen und Anträgen sorgt dabei nicht nur auf Seiten der Flüchtlinge für Frust, die oft lange warten.

Aktivitäten vor Ort

Unverständnis zeigte Heimleiter dafür, dass die Jugendlichen aus der Einrichtung müssen, sobald sie 18 Jahre alt werden. Zurück in der Flüchtlingsunterkunft fehlt ihnen die notwendige Betreuung, um sich zurecht finden zu können. Häufig kommen die Jugendlichen deshalb zurück, wenn sie Hilfe bei Anträgen brauchen. Das Problem hier ist, dass die Kosten für die Betreuung anders wie in der Jugendhilfe üblich nicht bis zum 21. Lebensjahr übernommen werden. „Hier müssten die gesetzlichen Rahmenbedingungen an die bereits bestehenden Regelungen für deutsche Staatsbürger angepasst werden. Das wäre nicht nur gerecht, sondern auch sinnvoll!“, so Gerald Möhrlein.

Ähnlich ist die Problematik beim Berufseinstieg. Zwar ist die Bereitschaft Flüchtlinge auszubilden bei vielen Unternehmern hoch, allerdings bildet die Schule oft ein Hindernis für die Ausbildung. Die Jugendlichen haben es aufgrund sprachlicher Barrieren schwer mitzuhalten. Deshalb sind ausbildungsbegleitende Maßnahmen, wie zum Beispiel zusätzliche Sprachkurse, dringend erforderlich.

Ausgangspunkt und Ziel muss die Integration sein! Wir dürfen die Flüchtlinge deshalb nicht in der Ausbildung fallen lassen. Das Engagement, das bei der Integration bereits geleistet wird ist Gold wert, aber wir müssen darauf achten, dass alle Beteiligten besser zusammenarbeiten, um diese Herausforderungen zu meistern. Dazu wird es auch nötig sein, dass Behörden, Schulen, Wirtschaft, ehren- und hauptamtliche Betreuer noch stärker zusammenarbeiten als bisher.

SPD trifft AWO

Die AWO Unterfranken ist mit rund 2500 Mitarbeitern, 130 Auszubildenden und 80 Einrichtungen nicht nur einer der größten Arbeitgeber in der Region, sondern deckt auch alle Bereiche der sozialen Arbeit ab. In den letzten Jahren konnte sie Ihre sozialen Aktivitäten um rund 40% auf 87,5 Millionen Euro steigern. Mit rund 63,8 Millionen Euro ist die Altenhilfe nach wie vor der größte Arbeitsbereich. Aber andere Bereiche haben an Bedeutung gewonnen, so zum Beispiel die Kinder-, Jugend- und Familienarbeit. Als neues Arbeitsfeld wurde die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen eingerichtet.

Besonders ausgebaut hat die AWO in den letzten Jahren die Schulkinderbetreuung. Dabei kritisierte der AWO-Bezirksvorstand beim Treffen mit Doris Rauscher und mir die fehlende Gesamtkonzeption für die Ganztagsangebote an den Schulen. Durch die völlig unterschiedlichen Ansätze und Angebote an den verschiedenen Schulstandorten entstünden große Qualitätsunterschiede bei der Betreuung. Sorge bereitet der AWO dabei vor allem die entstehenden Ungerechtigkeiten. Eltern mit geringerem Einkommen oder wenig Zeit werden eher kostenlose Angebote wahrnehmen, auch wenn die Qualität der Betreuung geringer ist. Das führt zu einer weiteren Verfestigung der ohnehin schon bestehenden Bildungsungleichheit in Bayern.



Volkmar Halbleib und Doris Rauscher (vorne) besuchten unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Kitzingen. Dabei diskutierten sie mit (von links) der Stadträtin Elvira Kahnt, dem SPD-Bundestagskandidaten Markus Hümpfer, der Stadträtin Astrid Glos, dem Einrichtungsleiter Alexander Lunau und dem AWO-Kreisvorsitzenden Gerald Möhrlein (zweiter von rechts).



(v.l.) Volkmar Halbleib, stellv. Bezirksvorsitzender Gerald Möhrlein, Doris Rauscher, stellv. Bezirksvorsitzende Irene Görgner, Bezirksvorsitzender Stefan Wolfshörndl, Geschäftsführer Martin Ulses, Bereichsleitung Kinder/Jugend/Familie Carolina Staab, stellv. Bezirksvorsitzender Harald Schneider

Die Situation der Frauenhäuser in Würzburg ist dadurch geprägt, dass es leider viel zu wenige Plätze gibt. Für eine angemessene Versorgung benötigt man zusätzlich zu den 12 bereits bestehenden noch einmal 20 Plätze zusätzlich. Der Grund ist die lange Verweildauer der Frauen in den Häusern, die auch durch die derzeitige Wohnungsnot in Würzburg verursacht wird. Für uns ist klar, dass endlich der Freistaat Bayern für eine bessere Finanzierung und für zusätzliche Plätze sorgen muss.

Den offenen Austausch mit der SPD will die AWO-Unterfranken in Zukunft fortsetzen und auch auf Landesebene verstärken. Das gemeinsame Fazit: Es gibt viele Ziele und Anliegen, die man besser gemeinsam angehen sollte.

„Aktion Rollentausch“ im Seniorenzentrum Estenfeld

Montagsmorgen, 6 Uhr im Seniorenzentrum Estenfeld: Ich melde mich pünktlich zum Frühdienst. Die bayernweite „Aktion Rollentausch“ lädt Politiker, Vertreter aus Wirtschaft, Behörden, Medien und Kirche ein, in sozialen Einrichtungen ihrer Wahl mitzuarbeiten. Und so habe ich mich bei den Senioreneinrichtungen des Landkreises Würzburg gemeldet, die sofort zugesagt haben. Ich wollte bewusst ein Pflegeheim unter der Trägerschaft des Landkreises Würzburg besuchen. Geschäftsführer Prof. Dr. Alexander Schraml kommt an diesem Morgen auch noch auf einen Besuch vorbei. Wir tauschen uns über Personalschlüssel und den Pflegebedarf gerade in ländlichen Gebieten aus. Die Infrastruktur der Pflegeeinrichtungen hat sich in den letzten Jahren sehr entwickelt. Als Kreisrat erlebe ich solche wichtigen Entscheidungen selbst mit – so z. B. den Neubau des Seniorenzentrums Estenfeld, das nächstes Jahr schon fünfjähriges Bestehen feiert.



Aber auch zwischenmenschliche Themen kommen an dem Tag nicht zu kurz. Ob Grundpflege oder gemeinsame Mahlzeiten: Wer den Rollentausch mitmacht ist richtig nah dran an den Bewohnern. Und die freuen sich über Abwechslung und neue Gesichter. Rita Behringer ist ganz selig, als ich mich zu ihr setzte und ihr aus den selbst aufgeschriebenen Erinnerungen der 97-Jährigen vorlese.

Aktivitäten vor Ort

Handwerk im Landkreis Kitzingen zwischen „goldenem Boden“ und Nachwuchsmangel

Das Handwerk im Landkreis Kitzingen steht auf festen wirtschaftlichen Füßen, wird aber von der Sorge um ausreichenden Nachwuchs umgetrieben. Das war das Ergebnis des Wirtschaftsdialogs der SPD-Landtagsfraktion, zu dem ich in den Bayerischen Hof in Kitzingen eingeladen hatte. Kreishandwerksmeister Michael Bissert attestierte dem Handwerk in der Kitzinger Region gar „goldenen Boden“. Von 1.311 Betrieben im Landkreis Kitzingen seien 93% mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufrieden. Mit 570 Mio. € Umsatz im Jahr 2015 stelle das Handwerk ein wichtiges Standbein der regionalen Wirtschaft dar.

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Annette Karl (Neustadt an der Waldnaab) ging in ihrem Beitrag vor allem auf den Fachkräftemangel und die Situation der Ausbildung ein. „17,2% der Lehrstellen im bayerischen Handwerk sind nicht besetzt. Um für junge Menschen attraktiver zu werden, müssen familienfreundliche Ausbildungsbedingungen geschaffen und berufliche mit schulischer Bildung gleichgesetzt werden“, so Karl. Der Meisterbrief, so fordert es die SPD, soll mit dem Masterabschluss gleichgesetzt werden. Außerdem sollen berufliche Praktiken mehr in den Schulunterricht eingebaut werden, vor allem in Gymnasien wird zu wenig auf die Möglichkeit einer Berufsausbildung als Alternative zu akademischen Berufen eingegangen.

Der stellvertretende Kitzinger Landrat Robert Finster lobte die Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und Handwerkskammer, forderte aber mehr staatliche Unterstützung für die Konversion in Kitzingen, um die Regionalwirtschaft zu stärken. „Allein mit der Verlagerung des Staatsarchivs dürfen wir uns nicht abspesen lassen.“ Der frisch nominierte SPD-Bundestagskandidat für den Stimmkreis Kitzingen/Schweinfurt Markus Hümpfer (Schonungen) forderte eine Mindestausbildungsvergütung für Lehrlinge, um dem Fachkräftemangel und der fehlenden Attraktivität mancher Ausbildungsberufe entgegenzuwirken. Der fränkische Weinbaupräsident Artur Steinmann und der Vorsitzende des Bund der Selbstständigen in Kitzingen Harald Müller lobten den guten Dialog zwischen Wirtschaft und SPD. Steinmann kritisierte aber, dass nach wie vor 6 Prozent der jungen Menschen ohne Abschluss die Schule verlassen: „Da muss mehr getan werden.“ Als ein Hauptproblem des Handwerks und des Mittelstandes sieht Steinmann die zunehmende Bürokratie in allen Bereichen an, einer Einschätzung, der sich auch andere Unternehmer beim SPD-Wirtschaftsdialog anschlossen. Angesprochen wurde auch die Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Stadt- und Kreisrätin Astrid Glos sah darin die „beste Möglichkeit für funktionierende Integration.“ Von Unternehmern wurde allerdings darauf hingewiesen, dass hierfür sowohl bürokratische Hemmnisse abgebaut wie auch die Sprachvermittlung früher und konsequenter einsetzen müsse.



(v.li.) Robert Finster, Volkmar Halbleib, Michael Bissert, Annette Karl, Markus Hümpfer, Astrid Glos und Artur Steinmann

Bei Franken Guss in Kitzingen geht es heiß her

Auf meine Initiative hin trafen sich am Montag den 24.10. die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel (Gemünden) und Florian Post (München) bei Franken Guss in Kitzingen. Die unterfränkische Gießerei beschäftigt über 660 Menschen und ist ein wichtiger Arbeitgeber in unserer Region. Zusammen mit dem Unterfranken-Chef der Arbeitsagentur Eugen Hain erkundigten wir uns bei Geschäftsführer Josef Ramthun und Personalchef Rainer Wirtz über die Rahmenbedingungen im Industriestandort Deutschland aus Unternehmenssicht. Da die Gießerei eine energieintensive Produktionsweise verlangt, standen neben der Arbeitsmarktpolitik die Energiekosten im Mittelpunkt des Gespräches. Deshalb begleitete uns der oberbayerische Energieexperte der SPD-Bundestagsfraktion MdB Florian Post aus München.

Über die Arbeitswelt im Unternehmen erkundigte sich der unterfränkische SPD-Chef und MdB Rützel. „Wir erleben derzeit einen rasanten Wandel in der Arbeitswelt. Gleichzeitig aber steht für mich fest: Auch weiterhin wird Deutschland einen starken Industriesektor brauchen und auf diesen nicht verzichten können. Daher ist es unsere Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass der Standort Deutschland Bedingungen bietet, unter denen sich sowohl wirtschaftlicher Erfolg als auch soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit verwirklichen lassen“, so Rützel.

Von einem sauberen und gut geführten Betrieb konnten wir uns beim Rundgang durch die Produktionshallen überzeugen. Dem gelernten Maschinenschlosser Rützel ging bei der Fertigungstechnik das Herz auf: „Hier werden ganz hochwertige Teile gegossen, ohne die kein Auto fahren würde. Die sind Experten im schweren Eisenguss, genauso wie im filigranen Aluminiumguss“, so der Arbeitsmarktexperte Rützel. Geschäftsführer Josef Ramthun ist stolz auf seine Beschäftigten und seinen Betrieb: „Wir haben nicht nur hochwertigste Produkte, die wir in die ganze Welt liefern, sondern auch eine sehr gute Kantine, denn eine exzellente Verpflegung ist genauso Ausdruck von Qualitätsbewusstsein“.



(v.li.) Josef Ramthun, Florian Post, Bernd Rützel, Volkmar Halbleib, Eugen Hain



Erst bei sehr hohen Temperaturen kann Stahl geschmolzen werden

Glückwunsch

Früherer Landtagsabgeordneter Herbert Franz feierte 80. Geburtstag

Seinen 80. Geburtstag feierte kürzlich der frühere SPD-Landtagsabgeordnete, langjährige unterfränkische Bezirksvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt und Ehrenvorsitzender der LandkreisSPD Herbert Franz. Bei einer Feierstunde würdigten wir ihn als profilierten Sozialpolitiker, der sowohl in seiner parlamentarischen Arbeit wie auch durch die Einrichtungen der AWO das soziale Unterfranken konkret und nachhaltig mitgestaltet hat. Franz, 1936 in Würzburg geboren, wuchs in Roßbrunn, heute Ortsteil von Waldbüttelbrunn im Landkreis Würzburg auf, engagierte sich nach einer Lehre als Maschinenschlosser und Maschinenbaustudium gewerkschaftlich als Betriebsratsvorsitzender bei Koenig und Bauer und als Regionalgeschäftsführer der Industriegewerkschaft Metall. Von 1974 bis 1997 war Franz Vorsitzender der LandkreisSPD. Von 1981 bis 1998 gehörte Herbert Franz dem Bayerischen Landtag an und begleitete wichtige Ämter als Mitglied des Landtagspräsidiums wie auch als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses. 1992 wurde Franz zum Bezirksvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt Unterfranken gewählt und entwickelte den Wohlfahrtsverband zu einem modernen sozialen Dienstleistungsunternehmen. Ich würdigte in Anwesenheit meins Landtagskollegen Georg Rosenthal, dem früheren Landtagsabgeordneten Gerhard Hartmann, Bezirksstagsvizepräsidentin Eva-Maria Linsenbreder und Stefan Wolfshörndl als aktuellem Bezirksvorsitzenden der AWO auch die besonderen Leistungen von Franz jenseits der Sozialpolitik. Herbert Franz ist eine herausragende Persönlichkeit. Er beeindruckt auch heute noch mit seinem großen fachlichen Wissen zu technischen, wirtschaftlichen und politischen Fragen. Herbert hat durch sein Wirken zudem die Politik im Landkreis Würzburg geprägt und die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis immer in den Vordergrund gestellt. Eine klare Haltung und eine hohe Glaubwürdigkeit zeichnen Herbert Franz aus.



Drei Generationen SPD-Landtagsabgeordnete beim Geburtstagsfest: (v.li.) Volkmar Halbleib, MdL; Herbert Franz, MdL a.D. und Gerhard Hartmann, MdL a.D.

Trassenführung für die Stromverbindung durch Unterfranken stehen auf dem Prüfstand

Das mit der Planung beauftragte Unternehmen Tennet hat im Bayerischen Landtag mögliche Erdkabelverläufe für den sogenannten Suedlink in Unterfranken vorgestellt hat. Der Suedlink ist eine Hochspannung-Gleichstrom-Übertragungsleitung (HGÜ), die die Stromverbindung zwischen Schleswig-Holstein und Grafenrheinfeld in Unterfranken und Großgartach bei Heilbronn in Baden-Württemberg herstellen soll.

Für mich ist die wichtigste Information von Tennet, dass der gesamte Suedlink weitgehend als Erdkabel verlegt werden soll. Das ist ein entscheidender Schritt nach vorne und eine deutliche Verbesserung für alle von den Trassenplanungen Betroffenen. Allerdings weise ich darauf hin, dass auch das Erdkabel einen Eingriff darstellt und deshalb sorgsam geplant werden muss.

Nach dem Netzknotenpunkt Grafenrheinfeld gibt es nach den derzeitigen Planungen von Tennet zwei Varianten, um die Stromtrasse in Richtung Baden-Württemberg zu führen. Ein Trassenkorridor führt östlich von Würzburg durch den Landkreis Kitzingen und würde zwischen Ochsenfurt und Würzburg den Main queren und in Richtung Ochsenfurt Gau und Lauda-Königshofen führen. Ein alternativer Trassenkorridor würde zwischen Veitshöchheim und Karlstadt den Main queren und durch den westlichen Landkreis Würzburg in Richtung Tauber geführt.

Ich fordere die bayerische Staatsregierung und den Netzbetreiber auf, die möglicherweise betroffenen Kommunen, Bürger und Grundstückseigentümer umfassend über die Planungen zu informieren und deren Stellungnahmen in die weitere Planung einzubeziehen: Es geht darum die Trasse mit dem geringstmöglichen Eingriff zu realisieren, den Planungsprozess so transparent wie möglich zu gestalten und weitestgehendste kommunale Mitsprache zu gewährleisten.

Dabei ist auch Ministerpräsident Horst Seehofer unmittelbar gefordert. Denn er hat den Eindruck erweckt als seien die Stromtrassen nicht notwendig. Jetzt muss er den Menschen vermitteln, dass die Trassen doch kommen werden. Geplant ist, erst im Frühjahr 2017 mit konkreten Trassenplanungen in das offizielle Verfahren der Bundesfachplanung einzutreten.



© Tennet



© Tennet

Bericht aus München

Spannende Einblicke in die Arbeit eines Abgeordneten

Im Rahmen einer Informationsfahrt konnte ich zwei Besuchergruppen im Maximilianeum in München begrüßen. 50 Beamtinnen und Beamte der Finanzämter Schweinfurt und Würzburg sowie eine Besuchergruppe aus Kitzingen. Dabei bekamen die Besucher die Gelegenheit direkt im Plenarsaal Platz zu nehmen, in dem sonst die parlamentarische Arbeit verrichtet wird. Dort gab ich meinen Gästen einen Einblick in meinen Wochenablauf und in die vielfältige Arbeit eines Abgeordneten sowie in meine zahlreichen Verpflichtungen. Die Parlamentarier müssen nicht nur an den Plenarsitzungen des Landtags teilnehmen, sondern arbeiten darüber hinaus auch in Ausschusssitzungen und den Arbeitskreisen der Fraktionen mit. Tätigkeiten, die in der Öffentlichkeit meistens nicht bekannt sind.

Anschließend führte ich die Besuchergruppe in den Senatsaal und stellte mich in einer kleinen Diskussion den Fragen meiner Gäste. Thema waren neben meiner Arbeit als Abgeordneter, aktuelle Fragen der Landes- und Bundespolitik.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen in der Landtagsgaststätte blieb noch Zeit für einen gemütlichen Besuch bei gutem Wetter auf dem Münchner Oktoberfest, bevor es wieder nach Hause ging.



Die Besuchergruppe der Finanzämter Schweinfurt und Würzburg



Die Besucherinnen und Besucher aus Kitzingen

Treffen mit Jean Asselborn bei der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion

Ein klares Bekenntnis zu Europa war die Kernbotschaft am zweiten Tag der Klausurtagung der BayernSPD-Landtagsfraktion. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn und ich betonten bei unserem Treffen, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist - und nicht nur ein Wirtschaftsraum.

Leider sind in mehreren EU-Staaten inzwischen Europafeinde auf dem Vormarsch oder sogar bereits an der Macht. An der Spitze nenne ich England und den ungarischen Premier Victor Orban. Gemeinsam müssen wir Europa stärken anstatt schwächen und EU-Feinden auch im eigenen Land entschieden entgegentreten. Wir werden Europa nicht aufgeben. Die EU garantiert uns allen Menschenrechte, Frieden und wirtschaftliche Entwicklung.

Für Unterfranken als starke Exportregion ist die EU von entscheidender Bedeutung. 43,6 Prozent der Industrieproduktion geht in die 28 EU-Staaten. Wer die EU aus parteipolitischen Erwägungen populistisch attackiert, gefährdet Arbeitsplätze in Unterfranken und Bayern und damit unseren Wohlstand. Berechtigte Kritik an Missständen ist selbstverständlich notwendig. Die EU muss weiterentwickelt werden, sie muss transparenter, demokratischer und sozialer werden.



Luxemburgs Außenminister Asselborn und Volkmar Halbleib warben für eine europäische Wertegemeinschaft

Politischer Informationsbesuch in Prag und Budapest

Der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher und ich reisten gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des Fraktionsvorstands am 6. und 7. Oktober zu politischen Gesprächen nach Budapest. Unsere Delegation traf unter anderem den Vizepräsidenten der ungarischen Nationalversammlung und Vorsitzenden des sozialistischen MSZP-Parteirates, Dr. István Hiller und Gyula Molnár, Vorsitzender der MSZP. Der Jurist und ehemalige Ombudsmann für Minderheitenrechte, Jenő Kaltenbach, informierte uns über die Situation der Menschenrechte. Am Freitag trafen wir auch Péter Balázs, den früheren ungarischen Außenminister und EU-Kommissar.

Rinderspacher sprach von einem bewussten Kontrapunkt zur Ungarn- und Europapolitik der CSU. Wir wenden uns gegen die Orbanisierung Europas, erinnert Rinderspacher an die massive Einschränkung von Freiheitsrechten durch den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban.

Wir setzten mit unserem Besuch ein Zeichen der Solidarität mit der ungarischen Opposition und der demokratisch-liberal gesinnten Zivilgesellschaft, die sich für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Freiheit einsetzen. Es ist grundfalsch, wie die CSU dem Autokraten und Europazerstörer Viktor Orban die Hand zu reichen und ihm immer wieder den roten Teppich auszurollen. Ministerpräsident Seehofer hat in seiner Amtszeit mit keinem anderen europäischen Regierungschef häufigere und intensivere Kontakte gepflegt als mit Orban. Trotz seiner Verstöße gegen den EU-Vertrag, gegen Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit wurde Orban von Seehofer regelrecht gehofet, bei Empfängen im frühklassizistischen Prinz-Carl-Palais, in Wildbad Kreuth, beim CSU-Parteitag, beim 70. Geburtstag von Edmund Stoiber und anderen Gelegenheiten mehr.

Viktor Orban ist Träger des Franz Josef Strauß-Preises, der von der CSU-nahen Hanns-Seidl-Stiftung an Persönlichkeiten verliehen wird, „die sich in herausragender Weise für Frieden, Freiheit und Recht, für Demokratie und internationale Verständigung“ einsetzen.



(v.li.) Markus Rinderspacher, Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib, Linus Förster und Hans-Ulrich Pfaffmann

Maßnahmenpaket für preisgünstiges Wohnen kommt in Unterfranken nicht an

Wie aus einer Anfrage der SPD-Fraktion hervor geht, bringt auch der Wohnungspakt Bayern der Staatsregierung keine Trendwende für die soziale Wohnraumförderung in Unterfranken. Es wurden bislang kaum unterfränkische Projekte in der sogenannten Kommunalen Säule bewilligt. Das ist mehr als enttäuschend, die Staatsregierung hat mit dem Wohnungspakt Bayern große Versprechungen gemacht, die sich nicht erfüllt haben. Dieses staatliche Sonderprogramm trägt in Unterfranken leider bisher kaum Früchte.

Ernüchternd ist vor allem die Entwicklung im kommunalen Förderprogramm, das die zweite Säule im Wohnungspakt bildet. Im Herbst 2015 hat die Bayerische Staatsregierung den Wohnungspakt Bayern zwischen Staat, Gemeinden, Kirchen und der Wohnungswirtschaft geschlossen. Im Jahr 2016 sind in ganz Bayern gerade Mal 121 Mietwohnungen mit 8,7 Millionen Euro an Zuschüssen gebaut worden. Angekündigt war der Bau von 1.500 Mietwohnungen mit Zuschussmitteln in Höhe von 150 Millionen Euro pro Jahr. Auch wenn das Jahr noch nicht zu Ende ist, werden die Ziele weit verfehlt und der Rückstand ist kaum aufzuholen. In Unterfranken wurde bis Anfang August überhaupt kein Projekt nach dem kommunalen Förderprogramm bewilligt. Nicht viel besser sieht es bei der staatlichen Wohnraumförderung aus, der 3. Säule des Wohnungspakts. Geplant ist für 2016 der Bau von 2.500 Mietwohnungsneubauten für Sozialberechtigte.

In ganz Bayern entstanden bis August nur 987 Wohnungen. In Unterfranken waren es gar nur 24 Wohnungen und diese entstanden allein in der Stadt Aschaffenburg, alle anderen unterfränkischen Landkreise und Städte gingen bisher dabei leer aus. Bei der Eigenwohnraumförderung wurden im Regierungsbezirk Unterfranken 38 Wohnungen gefördert, davon in den Landkreisen Kitzingen fünf und im Landkreis Würzburg zwei.

Im staatlichen Sofortprogramm, der erste Säule des Wohnungspakts, plant und baut der Staat Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge sowie zu 30 Prozent auch für einheimische Bedürftige. Hier werden im Jahr 2016 Projekte in Karlstadt, Landkreis Main-Spessart, mit 3,3 Millionen Euro und in Kitzingen mit einer Million geplant bzw. umgesetzt.



Die SPD-Landtagsfraktion fordert ein Wohnungsbeschleunigungsgesetz, das die Voraussetzungen für den Neubau von 100.000 Wohnungen (davon 20.000 gefördert) schafft. Außerdem muss das kommunale Förderprogramm auch für kommunale Wohnbaugesellschaften geöffnet werden. Mit dem Wohnungspakt Bayern hat die bayerische Staatsregierung den Bau von 28.000 Wohnungen bis Ende 2019 angekündigt. Unter Berücksichtigung der auslaufenden Mietpreisbindung von bestehendem sozialem Wohnraum kann mit Hilfe des Programms der Ausbau des bezahlbaren Wohnraums kaum verwirklicht werden. Die angekündigte Trendwende ist aufgrund der Zwischenbilanz nicht in Sicht.

Mein Beitrag zur Frage des Bayerischen Staatsanzeigers:

Muss Bayern, muss Deutschland aus der US-Wahl Konsequenzen ziehen?

Die Antwort auf die Frage fällt nicht leicht, weil es derzeit nur schwer abschätzbar ist, welche Politik Trump tatsächlich einschlägt. Was zählt nun? Die Wahlkampfreden mit aggressiven Ausfällen oder die versöhnlichen Äußerungen nach der Wahl? Die radikalen Parolen vor dem Wahltag oder der Pragmatismus der Macht? Auf welche Berater hört Trump? Jenseits dieser offenen Fragen liegen folgende Konsequenzen auf der Hand:

1. Die Politik Amerikas wird unberechenbarer als bisher. Um dies auszugleichen, müssen wir mehr denn ja auf intensiven bayerisch-deutsch-amerikanischen Austausch setzen.
2. Trumps protektionistischer Wirtschaftsansatz widerspricht den deutschen und bayerischen Wirtschaftsinteressen, er muss mit einer klugen Strategie eingedämmt werden.
3. Die stärkere Übernahme sicherheitspolitischer Aufgaben und deren Finanzierung werden Europa und Deutschland in besonderer Weise herausfordern. Europa wird wichtiger und damit die Notwendigkeit, die europäische(n) Krise(n) zu überwinden.
4. Die US-Wahlen sind eine Mahnung, die Ängste sich wirtschaftlich, sozial oder kulturell abgehängt fühlender Menschen ernst zu nehmen. Auf diese die richtige politische Antwort zu geben, ist auch für Deutschland eine zentrale Herausforderung.
5. Wir sind gut beraten, Trump weder mit moralischer Überheblichkeit noch mit stillschweigender Akzeptanz seines Politikstils zu begegnen. Ängste schüren, Hass und Zwietracht säen, Minderheiten und Schwache gegeneinander ausspielen: selbst wenn man damit Wahlen gewinnt, Probleme löst man damit nicht!



Ich begleitete die Wahlen in den USA mit einer Delegation aus deutschen Abgeordneten. Auch am Wahlabend war ich in Denver, Colorado, um die Wahlparties mitzerleben. Leider hat es am Ende nicht für die Demokratin Hillary Clinton gereicht.

Das Bild zeigt mich in einem Wahlcenter, in dem strittige Stimmzettel von einem gemischten Kontrollteam aus einem Demokraten und einem Republikaner überprüft werden.



Termine:

13.01.2017, 16:00 – 18:00 Uhr Foyer im Kulturspeicher ,Oskar-Laredo-Platz 1, Würzburg	Ja zu Metropolregionen - Wachstum für Franken mit Oberbürgermeister Ulrich Maly, Nürnberg und Oberbürgermeister Klaus Herzog, Aschaffenburg
14.01.2017 17:00 Uhr Franz-Oberthür-Schule (Aula), Würzburg	Neujahrsempfang der SPD Würzburg-Stadt und Würzburg-Land mit Manuela Schwesig, Bundesmi- nisterin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
17. — 19.01.2016 Kloster Irsee	Klausurtagung der BayernSPD-Landtagsfraktion
29.01.2017, 10:30 Uhr Volkach, Schelfenhaus, Schelfenstr. 1	Neujahrsempfang des Kreisverbands Kitzingen mit MdL Inge Aures
01.03.2017, 19:00 Uhr Prichsenstadt, TSV Sportheim	Politischer Aschermittwoch des Kreisverbands Kit- zingen mit MdL Volkmar Halbleib und Bundestags- kandidat Markus Hümpfer

Das Team meines Bürgerbüros:



Martin Bielawski, Organisation
Eberhard Götz, Wiss. Mitarbeit
Sebastian Klein, Michael Reitmair und
Bariş Yüksel, Öffentlichkeits- und Pressearbeit